

Solidarität mit den Hebammen!

Die Haftpflichtprämien für Hebammen sind explodiert. 1998 betrugen sie noch 394 Euro. 2014 werden sie auf 5.091 Euro klettern. Mit Jahreseinkommen von 15.500 Euro (2010) ist das unbezahlbar. Geburtshäuser kündigen Mietverträge, Belegbetten bleiben leer. Hebammen weichen auf die vor- und nachsorgende Geburtshilfe aus. **Frauen finden keine Alternativen zur Klinikgeburt.** Die Versorgung bricht zusammen. Der Versorgungsauftrag wird zwischen den Ländern und der Bundesgesundheitspolitik hin- und hergeschoben. Schleswig-Holstein und Brandenburg haben deshalb eine Bundesratsinitiative gestartet.

Die Absicherung von Geburtsrisiken wurde nach und nach der Versicherungswirtschaft überlassen. Hebammen schlagen Alarm, doch Gesundheitsminister Gröhe kündigt nur an, dass er die privaten Versicherungen zur Weiterführung der Haftpflichtverträge bis 2016 bewegen will. Gesetzliche Krankenkassen sollen die Prämien erstatten. Das ist keine langfristige Lösung.

Die Absicherung der Geburtsrisiken von Mutter und Kind können wir nicht dem privaten Versicherungsmarkt überlassen. **Nur ein staatlicher Haftungsfonds, wie ihn DIE LINKE seit 2010 fordert, schützt die Hebammen – und in Zukunft alle Gesundheitsberufe – vor den Versicherern.** Eine wirksame Honorarreform braucht es auch, denn Hebammen leisten eine qualifizierte und wichtige Arbeit, die guten Lohn verdient.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Solidarität mit den Hebammen!

Die Haftpflichtprämien für Hebammen sind explodiert. 1998 betrugen sie noch 394 Euro. 2014 werden sie auf 5.091 Euro klettern. Mit Jahreseinkommen von 15.500 Euro (2010) ist das unbezahlbar. Geburtshäuser kündigen Mietverträge, Belegbetten bleiben leer. Hebammen weichen auf die vor- und nachsorgende Geburtshilfe aus. **Frauen finden keine Alternativen zur Klinikgeburt.** Die Versorgung bricht zusammen. Der Versorgungsauftrag wird zwischen den Ländern und der Bundesgesundheitspolitik hin- und hergeschoben. Schleswig-Holstein und Brandenburg haben deshalb eine Bundesratsinitiative gestartet.

Die Absicherung von Geburtsrisiken wurde nach und nach der Versicherungswirtschaft überlassen. Hebammen schlagen Alarm, doch Gesundheitsminister Gröhe kündigt nur an, dass er die privaten Versicherungen zur Weiterführung der Haftpflichtverträge bis 2016 bewegen will. Gesetzliche Krankenkassen sollen die Prämien erstatten. Das ist keine langfristige Lösung.

Die Absicherung der Geburtsrisiken von Mutter und Kind können wir nicht dem privaten Versicherungsmarkt überlassen. **Nur ein staatlicher Haftungsfonds, wie ihn DIE LINKE seit 2010 fordert, schützt die Hebammen – und in Zukunft alle Gesundheitsberufe – vor den Versicherern.** Eine wirksame Honorarreform braucht es auch, denn Hebammen leisten eine qualifizierte und wichtige Arbeit, die guten Lohn verdient.



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G